

# DIE KOMMUNALE

*Das Magazin für Kommunalpolitik*



## **Die Richtungsentscheidung Auch für Städte, Gemeinden und Kreise**

### **Seite 3**

**Zusammenhalt durch  
gemeinsames Engagement!**

### **Seite 5**

**Mehr bezahlbaren und  
sozialen Wohnraum**

### **Seite 6**

**Kommunales im Fokus**



## LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

die Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland brauchen starke Partner an ihrer Seite. Und zwar nicht nur in den Ländern, deren Teil sie ja rein rechtlich betrachtet sind. Nein, ein gutes und konstruktives Miteinander braucht es auch mit der Bundesebene! Deshalb steht aus kommunaler Sicht am 26. September 2021 eine echte Richtungsentscheidung an. Je stärker die Sozialdemokratie am Ende bei der Bundestagswahl abschneidet, desto eher haben wir die Chance, unsere lokalen Belange in Berlin noch deutlicher zu platzieren. Die SPD ist DIE KOMMUNALPARTEI. Und auch dafür lohnt jeder Einsatz.

In Deutschland gilt: Die staatliche Verantwortungsgemeinschaft aller Ebenen ist mit Leben zu füllen. Nicht bei jeder aufkommenden Herausforderung – unabhängig davon, ob sie Klimawandel, Digitalisierung oder gute Bildung heißt – ist es dann hilfreich, wenn zunächst ausschweifend über Zuständigkeiten diskutiert wird. Natürlich darf und muss um Themen gerungen werden – aber eben um die beste Lösung. Das ist für die Menschen das Entscheidende!

Daneben garantiert unser Grundgesetz die kommunale Selbstverwaltung. Und das bedeutet genau das: selbst verwalten. Damit ist gemeint, dass Städte und Gemeinden die örtlichen Angelegenheiten in eigener Zuständigkeit regeln. Das funktioniert jedoch nur, wenn die Kommunen hierzu überhaupt in der Lage sind. Und hier müssen wir feststellen: Trotz aller – auch bundesseitiger – Unterstützung hat man den Städten, Gemeinden und Kreisen viel zu viel auf die Schultern geladen, Verantwortlichkeiten stets weiter „nach unten“ delegiert. Das kann so nicht funktionieren. An einigen Stellen hat die große Koalition in den zurückliegenden Jahren auf Druck der SPD bereits Korrekturen zugunsten der örtlichen Ebene vorgenommen. Aber damit stehen wir erst am Anfang eines langen Weges, wenn es um einen solch weitreichenden gesellschaftlichen Umbau wie in diesen Zeiten geht. Trotzdem: Es braucht mehr auf Augenhöhe und weniger das Prinzip Katzentisch für die Kommunen. Das hat auch etwas mit dem Selbstverständnis zu tun und deswegen ist für Kommunalos die SPD im Bund die erste Wahl!

**Euer Frank Baranowski**  
Vorsitzender der SGK NRW

# DIE KOMMUNALE

## INHALT

### ZUKUNFTSGESTALTUNG

- 3 Zusammenhalt durch gemeinsames Engagement!**

### BILANZ DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

- 4 „Strich drunter!“**  
Eine Bilanz, die sich sehen lassen kann

### WOHNUNGSBAU

- 5 Mehr bezahlbaren und sozialen Wohnraum für Deutschland**  
Ein Gespräch mit Bernhard Daldrup MdB, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

### KOMMUNALES IM FOKUS

- 6 Was wollen die Kommunalos?**  
Forderungen und Erwartungen der Kommunalen Spitzenverbände an den neuen Bundestag und die zukünftige Bundesregierung

### WEITERBILDUNG

- 7 Erfolg ist kein Zufall**  
Das Bildungsprogramm der SGK NRW



## ZUSAMMENHALT DURCH GEMEINSAMES ENGAGEMENT!

**O**laf Scholz hat das Thema Respekt in den Mittelpunkt seiner Wahlkampagne gestellt: Respekt vor unterschiedlichen Lebensentwürfen und vor allem auch der Respekt im tagtäglichen Miteinander. Damit adressiert er auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt, den es zu stärken gilt. Zusammenhalt und darüber hinaus Mut werden wir angesichts der großen Herausforderungen, die in den kommenden Jahren vor uns liegen, dringender denn je benötigen.

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen unsere Gesellschaft tiefgreifend umgestalten und weiterentwickeln. Sie soll in Zukunft sicherer, nachhaltiger, resilienter, lebenswerter und gerechter werden. Das wird nur mit einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung gelingen. Damit dieses gewaltige Vorhaben erfolgreich umgesetzt wird, braucht es einen guten Plan, eine klare Haltung und die Bereitschaft, Kompromisse zu suchen und auch einzugehen. So weit, so demokratisch.

Nicht nur Fußballfans wissen: Entscheidend ist aber auf'm Platz! Heißt: Ein schöner Plan allein reicht nicht, es braucht Kraft zur Durchsetzung, damit dieser auch gelingt. Die jüngere Vergangenheit und auch der Blick auf die nähere Zukunft weisen ein Stück weit den Weg. Deutschland ist im Vergleich betrachtet ein erfolgreiches Land mit Wohlstand, sozialen Sicherungssystemen und einer funktionierenden Wirtschaft. Zur Wahrheit gehört jedoch auch: Die Corona-Pandemie, die Hochwasserkatastrophe, der Klimaumbau oder die Digitalisierung zeigen uns Grenzen auf. Im ersten Fall erleben wir, dass der öffentliche Gesundheitsdienst seit einiger Zeit jenseits der Belastungsgrenze arbeitet oder die Organisation des Schulunterrichts die Nerven von Kindern und Eltern immer neuen Belastungsproben aussetzt. Die Analyse nach der verheerenden Hochwasserkatastrophe fördert schonungslos zutage, dass es um die Koordinierung, Informationsweitergabe und Vorsorge nicht in jeder Hinsicht zum Besten bestellt ist. Bei der Frage, wie die Bundesrepublik bis 2045 die erste klimaneutrale Industrienation werden soll, müssen Vorkehrungen geschaffen werden, die die Spaltung der Gesellschaft nicht noch weiter vorantreiben. Der Klimawandel ist letztlich in vielerlei Hinsicht auch eine soziale Frage, bei der wir die Menschen nicht abhängen dürfen. Bei der Digitalisierung existiert ein vollständiges Zuständigkeitswarr,

das selbst von Kennern der Materie kaum zu entschlüsseln ist. Der Normenkontrollrat hat einmal versucht, die an der Umsetzung des Onlinezugangsgesetz (OZG) Beteiligten in einer übersichtlichen Grafik unterzubringen. Das so zusammengefügte Schaubild erinnert mehr an ein Wimmelbild als an planmäßiges staatliches Vorgehen. All das legt nahe, dass wir auf den bevorstehenden und bereits stattfindenden Wandel (noch) nicht optimal vorbereitet sind.

Es ist doch so: Demokratie lebt von Akzeptanz. Hierfür zu sorgen, ist eine der vornehmsten Aufgaben. Dafür braucht es in der Zukunft mehr Staat! Spannend ist die Frage, wie dieses Mehr am Ende Gestalt annimmt. Das Verständnis der öffentlichen Hand muss sich hin zu einem fürsorgenden, partnerschaftlichen und kommunikativen Staatswesen wandeln. Das bedeutet mehr Arbeit, mehr Dialog und mehr Engagement derjenigen, die künftig die politische Verantwortung tragen werden.

In diesem Prozess des Wandels spielt die kommunale Ebene eine überragend wichtige Rolle. Denn alles, was politisch erdacht, entwickelt und vorangetrieben wird, muss vor Ort passieren. Das ist der Realitäts-test. Die Kommunalos können freilich nicht selbst entscheiden, wer ihr Entwicklungspartner für den beschriebenen Entwicklungsprozess sein soll. Aber: Bis zum 26. September können auch sie noch mehr Menschen überzeugen helfen. Damit die erfolgreiche Gestaltung der Zukunft ein gemeinsamer Erfolg mit sozialdemokratischer Handschrift wird.



**Maik  
Luhmann**

Landesgeschäftsführer  
der SGK NRW

# „STRICH DRUNTER!“

## Zusammenhalt und Zukunft

EINE BILANZ, DIE SICH SEHEN LASSEN KANN

Lebensqualität entscheidet sich vor Ort. Nur finanziell handlungsfähige Kommunen können eine gute Infrastruktur bereitstellen. Für diese Ziel hat die SPD-Bundestagsfraktion intensiv mit dem Koalitionspartner gerungen und viel rausgeholt, wie dieser Überblick zeigt.

**„So richtig Lust auf die GroKo hatte vor vier Jahren niemand.“**

Nachdem der Bund die Kosten der Grundsicherung im Alter vollständig übernommen hat, hat die SPD eine dauerhafte Entlastung der Städte und Gemeinden in Höhe von fünf Milliarden Euro jährlich ab 2018 durchgesetzt.

Auch der Erhalt der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen – die Gewerbe- und die Grundsteuer – ist gesichert. Hierzu gehört insbesondere die Reform der Grundsteuer, deren Berechnung sich künftig am Wert der Grundstücke und der darauf stehenden Gebäude orientiert. Das kommunale Hebesatzrecht wird beibehalten und um die „Grundsteuer C“ als Instrument zur Mobilisierung von unbebauten, aber baureifen Grundstücken ergänzt.

Um Städte und Gemeinden von flüchtlingsbedingten Kosten zu entlasten, erhalten die Länder und Kommunen für die Jahre 2019 bis 2021 knapp elf Milliarden Euro – deutlich mehr als im Koalitionsvertrag vereinbart.

Corona fordert die kommunalen Haushalte besonders heraus. Um die Ausfälle bei der Gewerbesteuer auszugleichen, wurden 2020 die Mindereinnahmen hälftig von Bund und Ländern ausgeglichen. Zudem übernimmt der Bund einen höheren Anteil an den Sozialausgaben der Kommunen. Jedes Jahr stehen den kommunalen Haushalten damit rund 3,4 Milliarden Euro mehr zur Verfügung.

Bei den Altschulden hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz die Initiative gestartet, besonders hoch verschuldete Kommunen durch einen Schuldenschnitt zu entlasten. Leider haben sich CDU/CSU bei dem Thema einer Lösung verweigert. Die Altschuldenfrage wird daher weiter auf der politischen Tagesordnung bleiben.

Um die Investitionskraft der Kommunen zu stärken, werden Milliarden in die Qualität von Kindertagesstätten, die digitale Ausstattung von Schulen, den sozialen Wohnungsbau und den öffentlichen Personennahverkehr investiert. Der Investitionsfonds „Digitale Infrastruktur“ unterstützt den flächendeckenden Ausbau von Gigabitnetzen in ländlichen Gebieten.

Mit dem Klimaschutzprogramm 2030 sollen zusätzliche Mittel in Höhe von 900 Millionen Euro allein für den Radverkehr bereitgestellt werden. Zusammen mit den bisherigen Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten ergeben sich insgesamt rund 1,46 Milliarden Euro für den Ausbau der Radinfrastruktur bis 2023.

Die Städtebauförderung wurde weiterentwickelt und wuchs in dieser Legislaturperiode auf das Rekordniveau von 790 Millionen Euro pro Jahr. Die Novelle des Baugesetzbuches ergänzt dies um Instrumente zur Mobilisierung von Bauland und zum Schutz von Mietern.

Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hat erarbeitet, wie gleiche Entwicklungschancen in allen Regionen geschaffen werden können. Dabei wurde ein neues gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen geschaffen. Auch die Mittel für die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) wurden auf über 918 Millionen Euro aufgestockt und dienen der Förderung von Existenzgründungen.

Strich drunter! So richtig Lust auf die GroKo hatte vor vier Jahren niemand. Zieht man aber ehrlich Bilanz, stellt man fest: es wurde viel erreicht und der kommunalfreundliche Motor der GroKo war die SPD.

### BILANZ

Weitere Infos auf der Homepage der SPD-Bundestagsfraktion.



# MEHR BEZAHLBAREN UND SOZIALEN WOHNRAUM FÜR DEUTSCHLAND

Im Gespräch mit  
Bernhard Daldrup MdB,  
kommunalpolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

## ANGESICHTS VON WOHNUNGSKNAPPHEIT UND EXPLODIERENDEN MIETEN – WIE KOMMEN WIR ZU BEZAHLBAREM WOHNRAUM?

Uns holen die Versäumnisse der Vergangenheit ein, denn wir haben das lange falsch eingeschätzt. Weniger, älter, bunter hieß eine Devise, die Städte seien fertig gebaut und wieder andere glaubten, der Wohnungsmarkt regelt sich allein. Gegen Wohnungsnot und zu hohe Mieten hilft am besten: Bauen! 400.000 Wohnungen pro Jahr, davon 100.000 öffentlich gefördert, lautet unser Plan für die kommende Legislaturperiode. Das geht aber nicht von heute auf morgen. Wo es nötig ist, werden wir deshalb einen zeitlich befristeten Mietstopp einführen. Das heißt: Mieten dürfen nur noch an die Inflationsrate angepasst werden.

Bauen der Zukunft ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die wir entschlossen angehen wollen und nicht allein dem Markt überlassen werden. Das geht nur, wenn der Staat dem Markt die notwendigen Korsettstangen einzieht und auch selbst Akteur im Wohnungsmarkt ist.

Mit dem Baulandmobilisierungsgesetz haben wir ein Instrument geschaffen, mit dem wir vor allem in Großstädten dafür sorgen, dass bezahlbare Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern nur noch in engen Ausnahmefällen in teure, für viele unerschwingliche Eigentumswohnungen umgewandelt werden dürfen. Die Länder können mit der neuen Regel Gebiete bestimmen, in denen eine Umwandlung einer behördlichen Genehmigung bedarf. In Berlin gibt es bereits die Verordnung, in Hamburg auch. Und in NRW? Fehlanzeige! Die Regelung ist – wie die Mietpreisbremse – zu nächst befristet bis Ende 2025.

Zudem halten wir die Städtebauförderung seit Jahren auf einem Rekordniveau.

## WAS KANN NEBEN DER FÖRDERUNG DES PRIVATEN WOHNUNGSBAUS NOCH PASSIEREN?

Wie gesagt, die öffentliche Hand hat insgesamt die Pflicht, tätig zu werden. Bundeseitig haben wir die Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BIMA) umgekrempelt und wollen sie auch zu einem Akteur am Wohnungsmarkt weiterentwickeln. Die Förderung von jährlich 100.000 Sozialwohnungen würde eine Vervielfachung der jetzigen Bauleistungen bedeuten. Überdies müssen wir die gesamte Palette der Möglichkeiten nutzen, beispielsweise den Genossenschaftsbau.



In der noch laufenden Periode sind einige Vorhaben am Widerstand der CDU gescheitert: Wir wollten beispielsweise mit einem verbesserten Förderprogramm Bauwillige, die sich an einem genossenschaftlichen Neubauvorhaben beteiligen, unterstützen. Sie sollten über die KfW ein zinsgünstiges Darlehen sowie einen Tilgungszuschuss von 15 Prozent erhalten. Schließlich sind Genossenschaften eine gute Alternative, da sie nachweislich dauerhaft preiswerten Wohnraum schaffen. Hier hat sich Bauminister Horst Seehofer leider quer gestellt. CDU und CSU standen häufig einer aktiveren Wohnungspolitik im Weg und an der Seite der Immobilien-Lobby.

## BEZAHLBARES WOHNEN IST NICHT NUR EIN THEMA DER GROSSSTÄDTE, ODER?

Nein, aber in erster Linie. Die Mieten sind beispielsweise in NRW in den vergangenen Jahren um rund 10 Prozent stärker gestiegen als die allgemeine Preisentwicklung und Löhne.

Es braucht weitere Lösungen: Die Verbesserung der Stadt-Umland-Beziehungen, z.B. durch Digitalisierung, komfortable Mobilität und eine gute Infrastruktur könnten zur Entspannung der Wohnungslage beitragen. Damit ginge auch die Verbesserung der Gleichwertigkeit von Lebensbedingungen einher – eine Herzensangelegenheit der SPD-Bundestagsfraktion. Es geht um Lebensqualität und zwar überall im Land.



**Bernhard Daldrup MdB**

Kommunalpolitischer  
Sprecher der SPD-  
Bundestagsfraktion

# KOMMUNALES IM FOKUS

## FORDERUNGEN UND ERWARTUNGEN DER KOMMUNALEN SPITZENVERBÄNDE AN DEN NEUEN BUNDESTAG UND DIE ZUKÜNFTIGE BUNDESREGIERUNG

**T**raditionell richten vor einer Bundestagswahl viele Verbände, Vereinigungen und Interessensgruppen ihre Forderungen und Wünsche an die wahlkämpfenden Parteien und Kandidaten in Form von Wahlprüfsteinen. „Was erwarten wir von einer neuen Mehrheit im Bundestag und einer neuen Bundesregierung?“ lautet dabei nicht selten der Einleitungssatz.

Auch die Kommunalen Spitzenverbände haben ihre Erwartungen und Forderungen formuliert. Diese zeigen ein hohes Maß an Übereinstimmung. Ob es nun die „10 Hauptforderungen“ des Deutschen Städtetages sind, „16 Erwartungen“ des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) oder die „20 Erwartungen“ des Deutschen Landkreistages.

Der Aufschlag beim DStGB wird mit dem Thema „Kommunalfinanzien“ gemacht. Im Mittelpunkt stehen die Forderungen zum Erhalt der Gewerbe- und Grundsteuer sowie zur Erhöhung des Umsatzsteueranteils. Hinzu kommen die pandemie-bedingten Ausfälle, die kompensiert werden sollen, ein kommunales Investitionsprogramm sowie die Forderung endlich die Altschuldenfrage zu lösen. Auch der Landkreistag fordert eine bessere Ausstattung der Kommunen mit Steuermitteln. Der Deutsche Städtetag wählt einen anderen Weg und stellt die inhaltlichen Forderungen wie etwa zur Kindergrundsicherung oder zur sicheren Zukunft für die Kultur voran und „umklammert“ all dies mit der kommunalen Finanzpolitik als zehnte und letzte Forderung.

Der Schwerpunkt liegt dabei auch auf der Gewerbesteuer mit der Forderung an den Bund, die Gewerbesteuerausfälle auch in den Jahren 2021 und 2022 zu kompensieren sowie insgesamt einen größeren kommunalen Anteil am Steueraufkommen zu gewähren. Den Abschluss bildet auch hier die Lösung der Altschuldenfrage.

Auf „Platz 1“ im Papier des Städtetages steht die Sorge um die Zukunft der Innenstädte. Nicht erst seit Corona drohte eine Verödung der Zentren; auch der Onlinehandel setzte die lokalen Gewerbetreibenden massiv unter Druck. Der Städtetag fordert daher ein Förderprogramm „Innenstadt“ als Gegenmaßnahme, mehr Handlungsspielraum in der Städtebauförderung und kommunale Vorkaufsrechte zum gutachterlichen Verkehrswert. Diese Forderungen decken sich fast vollständig mit der Position des DStGB. Auch der Landkreistag fordert den Erhalt und die Revitalisierung der Ortskerne mit Mitteln der Städtebauförderung und ein kommunales Vorkaufsrecht zu günstigen Preisen.

Was das Thema „Wohnen“ angeht, fordert der Städtetag eine starke Förderung des Wohnungsbaus sowie leichteren Zugriff auf Bauflächen. Um Preisanstieg im Wohnungsbau zu dämpfen, sollten Kommunen zum Beispiel Grundstücke stets zum Verkehrswert erwerben können. Der Städte- und Gemeindebund ergänzt diese Forderungen um die Stärkung der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen und dem Abbau von Baustandards. Noch deutlicher wird der Landkreistag: er wirbt dafür, von weiteren Verschärfungen der energetischen Standards beim Bauen als Kostentreiber abzusehen.

Wer sich selbst einen Überblick über die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände verschaffen möchte, kann sich im SGK-Intranet alle drei Forderungskataloge einfach herunterladen.

### FORDERUNGEN

der kommunalen Spitzenverbände zur Bundestagswahl im SGK-Intranet.



### Sozialdemokratische Kommunalos setzen auf eine SPD-geführte Bundesregierung, denn sie steht für

- gleichwertige Lebensverhältnisse und Hilfen für überschuldete Kommunen,
- familienfreundliche Kommunen mit gebührenfreien Kitas und Ganztagsgrundschulen,
- die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Kommunen in einem Jahrzehnt der Investitionen,
- für bezahlbaren, klimaneutralen Wohnungsneubau von 400.000 neuen (darunter 100.000 sozialgebunden) Wohnungen jährlich,
- eine Städtebauförderung auf hohem Niveau für lebendige und inspirierende Innenstädte,
- klimaneutrale Kommunen mit einem Zukunftspakt für erneuerbare Energien,
- klimagerechte Mobilität mit leistungsfähigen Verkehrsnetzen,
- bürgernahe, digitale Verwaltung und einem modernen öffentlichen Dienst,
- Respekt und eine starke Demokratie vor Ort gegen Diskriminierung, Hass und Gewalt,
- ein flächendeckendes, bürgernahes Gesundheitssystem mit den Menschen als Mittelpunkt,
- für einen modernen und starken Sozialstaat mit einem Mindestlohn von mindestens zwölf Euro pro Stunde und einer stabilen Rente.



# ERFOLG IST KEIN ZUFALL

## DAS BILDUNGSPROGRAMM DER SGK NRW



In der zweiten Jahreshälfte bieten wir wieder viele Bausteine für Eure kommunalpolitische Arbeit an. Nutzt unser Angebot und meldet Euch jetzt an.

Alle Seminare können auch vor Ort durchgeführt werden. Sprecht dazu bitte einfach Euren SGK-Kreisverband an, auch eine finanzielle Förderung über die SGK-Bildungsmittel ist möglich.

### DIE SEMINARE IM 2. HALBJAHR

30.09.2021	Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen	Online
05.10.2021	Das kommunale Mandat	Online
04.11.2021	NKF I	Online
20.-21.11.2021	Lust am Auftritt	Düsseldorf
26.11.2021	Spannend sprechen	Düsseldorf
12.2021	Wirtschaftsförderung	Online
12.2021	Standortmarketing	Online
12.2021	Vitalisierung Einzelhandel	Online

Weitere Seminare in unserer Übersicht auf [sgk.nrw](http://sgk.nrw) Jetzt schnell anmelden. Bei allen Präsenzseminaren gilt die „3-G-Regel“: Getestet, genesen, geimpft. Bitte beachtet, dass dies vor Ort kontrolliert wird.



[sgk.nrw/seminare/seminaruebersicht](http://sgk.nrw/seminare/seminaruebersicht)



### Online-Seminare

Die kurzweiligen selbstablaufenden Seminarbausteine könnt Ihr Euch jederzeit anschauen. Wir erweitern das Angebot in den kommenden Monaten um weitere Bausteine.

**Aktuell bieten wir Euch Bausteine zu folgenden Themen:**  
 Kommunikation, Millieus und Einstellungen, strategischer Öffentlichkeitsarbeit, strategischer Kommunikation, agilen Methoden und Sitzungsleitung.





## Die Kommunale Kaffeepause – digital!

Jeden Freitag von 09:00 - 09.30 Uhr - Live bei Zoom

Jede Woche ein neues spannendes und kurzweiliges Thema.

Das neue wöchentlichen Online-Format für alle Mitglieder, jeden Freitag, nur 30 Minuten! Wir sprechen mit Euch über aktuelle politische Inhalte sowie Tipps und Tricks für die praktische politische Arbeit.



Einfach über diesen QR-Code einwählen:



Meeting ID:  
920 7951 8319  
Kenncode:  
008324

### IMPRESSUM

**DIE KOMMUNALE**  
 Das Magazin für Kommunalpolitik  
 Herausgeber:  
 Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e.V. (SGK NRW)  
 Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf  
 Tel.: 0211-876747-0  
 Fax: 0211-876747-27  
 info@sgk-nrw.de  
 www.diekommunale.de  
 Facebook: facebook.com/SGKNRW  
 Verantwortlich (auch für Anzeigen):  
 Maik Luhmann,  
 Landesgeschäftsführer der SGK NRW  
 Satz und Gestaltung:  
 SGK NRW, Postfach 20 07 04,  
 40104 Düsseldorf  
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

## Kommunalkolleg NRW

Weiterbildungsangebote für Kommunalos und die, die es noch werden wollen.



# Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik

Unser Gesundheitssystem bietet nicht die besten Bedingungen: Das Personal ist überlastet und unterbezahlt, Patientinnen und Patienten sind „Fallpauschalen“ und Krankenhäuser stehen vor der Schließung. Längst hat die Corona-Pandemie die Missstände in unserem Gesundheitswesen aus dem Schatten ins Rampenlicht gerückt.

Doch wie sieht eine gute Gesundheits- und Pflegeversorgung von morgen aus? Für uns ist klar: Nicht das Geld, sondern der Mensch muss im Mittelpunkt stehen. **Deswegen fordern wir in einer parlamentarischen Initiative den sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik.**

## Unsere Vorschläge in aller Kürze



### OFFENSIVE „RESPEKT UND GUTE ARBEIT“

Neben einer besseren Entlohnung für die Beschäftigten der Branche wollen wir eine dem tatsächlichen Pflegebedarf entsprechende Personalbemessung sicherstellen. Außerdem gilt es, die häusliche und stationäre Pflege ebenso zu stärken wie die pflegenden Angehörigen.



### ZUKUNFTSPROGRAMM „GUTE GESUNDHEIT VOR ORT – KEIN KAHLSCHLAG IN DER KRANKENHAUSLANDSCHAFT“

Wir sagen NEIN zu Krankenhausschließungen und wollen eine wohnortnahe, ganzheitliche Versorgung – ob in der Stadt oder auf dem Land. Zudem wollen wir drei Milliarden Euro in den Ausbau der digitalen Infrastruktur investieren.



### OFFENSIVE „GLEICHER ZUGANG ZU GESUNDHEIT FÜR ALLE“

Die Versorgung darf nicht von der Postleitzahl abhängen. Deswegen ist es unser Ziel, allen Menschen den gleichen Zugang zu Gesundheit zu ermöglichen – zum Beispiel mit niedrigschwelligen Angeboten zur Gesundheitsberatung in sozial benachteiligten Stadtteilen.



### OFFENSIVE „ZUKUNFTS- UND KRISENFESTE VERSORGUNG“

Wir wollen die Zwei-Klassen-Medizin abschaffen und Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche stärken. Denn: Vorbeugung ist die beste Medizin.



**THOMAS KUTSCHATY**

Fraktionsvorsitzender

**„Unser Motto  
muss lauten:  
Gemeinwohl statt  
Gewinnmaximierung.“**

**Jetzt  
#zukunften**  
für Gesundheit und Pflege

Diskutier mit uns, wie wir mit dem  
#MenschImMittelpunkt gewinnen.

Zukunftskonferenz am  
**08. November 2021**

Interessiert?  
[www.machen-wir.de/einladung](http://www.machen-wir.de/einladung)

Weitere Infos unter:

[www.spd-fraktion-nrw.de](http://www.spd-fraktion-nrw.de)

SPD-Fraktion im Landtag NRW  
Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf  
0211-88 44 777  
[spd-fraktion@landtag.nrw.de](mailto:spd-fraktion@landtag.nrw.de)